

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 2 / 44. Jg.

9. Januar 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Westpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583. Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheudits-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort Scheuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Scheudits-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Wer staunt?

Nun, wer soll staunen? Selbstverständlich Ackermann! Warum soll er auch nicht? Er muß ja! Er muß staunen, wenn er die letzten Hefte des Schutzverbandsorgans „Deutsches Offset- und Steindruckgewerbe“ liest. Da wird, wie das jetzt so bei allen zünftigen Unternehmerzeitungen Mode ist, zum x-ten Male in Ressentiment über die hohen Löhne gemacht, und einmal über „Leistungslohn und Rechtsprechung“ und dann wieder über „Arbeitslosenproblem und Lohnfrage“ geschrieben. Wie das geschieht, mag den Kollegen erneuter Unterricht sein, wie die Unternehmer den Klassenkampf führen.

Der erstgenannte Artikel beginnt so:

„Der Unbefangene, der ohne Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung und der Gewerkschaftsstrategie eine solche Überschrift liest, wird sich die Frage vorlegen, was denn die Rechtsprechung mit dem Leistungslohn überhaupt zu tun habe. Er wird sich sagen, im Wesen des Leistungslohnes liege es, daß dieser unter Zugrundelegung sowohl der Leistung des Arbeitnehmers als auch der Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers freiwillig vereinbart wird. Der Harmlose wird staunen, wenn er hört, wie sich diese Frage unter Berücksichtigung der sozialpolitischen Gesetzgebung und der Gewerkschaftsstrategie, insbesondere in unserm Gewerbe, entwickelt hat. Er wird staunen, wenn er hört, daß die sogenannten Leistungslohne unter Ausnutzung der seinerzeitigen Konjunktur bzw. des Gehilfenmangels auf eine Höhe getrieben worden sind, die für das Gewerbe nicht tragbar ist. Noch mehr wird er staunen, wenn er hört, daß die Gewerkschaft mit allen Mitteln versucht, in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit die Löhne auf der gleichen Höhe zu halten, und zwar in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit beim Gehilfenverband die nie gekannte Höhe von 23,3 Proz. Ende Oktober 1930 erreicht hat, wobei zu beachten ist, daß außerdem 10,4 Proz. der Gehilfen kurz arbeiten. Wenn der Arbeitgeber notgedrungen sich die Frage ernstlich vorlegt, ob er im Interesse des Betriebes und damit auch im Interesse seiner Arbeitnehmer die Lohnhöhe aufrechterhalten kann und dem Arbeitnehmer unter Kündigung des alten Arbeitsverhältnisses ein neues Arbeitsverhältnis auf veränderter Grundlage, d. h. mit einem der wirklichen Leistung und entsprechend den wirtschaftlichen Möglichkeiten verringerten Lohn anbietet, dann muß er sofort mit dem Umstand rechnen, daß der bekannte Einwand aus § 84 des Betriebsrätegesetzes erhoben wird, wonach die Kündigung sich als eine „unbillige“, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte „Härte“ darstellt.“

Mit diesem Zitat wollen wir es Genüge sein lassen und ergänzend referieren, daß zwei Arbeitsgerichtsurteile das Wohlgefallen des Schutzverbandsorgans gefunden haben, die den Leistungslohn herabsetzen. Einmal ging es Wagenwäscher und dann Handlungs-

gehilfen an. Bei beiden galten tarifliche Mindestlohnsätze. Schon das Letztere zeigt, daß beide Urteile für unsere Gewerbe nicht zu treffen, denn da gilt nur ein tariflicher Mindestlohn für Ausgelernte. Alle anderen Löhne sind frei und unterliegen der freien Vereinbarung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit und Dauer der Beschäftigung.

Aber noch eins sei aus dem Urteil gegen die Handlungsgehilfen der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen herausgestellt, weil es auch dem „Steindruckgewerbe“ so gefällt, daß es diesen Satz gesperrt bringt. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf bemerkt nämlich in seinem Urteil auf den Einwand der Handlungsgehilfen, daß eine Herabsetzung der Leistungszulagen erst dann in Frage käme, wenn sich die Leistungen des Angestellten vermindert hätten: Bei der ersten Bemessung des Lohnes hätte die Werkleitung zunächst die persönlichen Leistungen des Angestellten zugrunde zu legen. *Sie dürfe aber auch mit zugrunde legen die Erwägung, was dem Werke unter Berücksichtigung der Geschäftslage, der Konjunktur und der sonstigen in Betracht kommenden Verhältnisse die persönliche Leistung des Angestellten wert sei und was die Werkleitung für die persönliche Leistung zahlen könne. Das könne bei verschiedenen oder zu verschiedenen Zeiten bei gleichbleibenden persönlichen Leistungen zu einem verschiedenen Ergebnis führen.*

Die Gehilfenschaft im Lithographie- und Steindruckgewerbe ist sicher sofort bereit, den Inhalt des herausgestellten Satzes zur tariflichen Grundlage zu machen, denn was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Wir können uns zwar nicht denken, wie auf dieser Basis ein Tarifvertrag lebensfähig sein soll, aber wenn ein Landesarbeitsgericht einen Tarifvertrag ohne Friedensklausel für möglich hält, brauchen wir nicht päpstlicher zu sein. Gewiß, in der Krise würde die Gehilfenschaft einige Haare lassen müssen. Aber auch so sind schon Einzeichnungen in das Buch guten Gedenkens nötig. Eine feine Sache wäre es dann, wenn die Gehilfenschaft „unter Berücksichtigung der Geschäftslage, der Konjunktur und der sonstigen in Betracht kommenden Verhältnisse, gestützt auf die ganze Kraft ihrer Organisation so mittenlang eines laufenden Tarifvertrages ihren Rappen laufen lassen könnte. Dann gäbe es Konjunkturlöhne!

Mit Feststellung des letzteren ist das Geschreibe des „Steindruckgewerbes“ von „sogenannten Leistungslohnen“ und der Andeutung des Konjunkturlohnes schon als unbeweisbare Behauptung abgetan. Wir wären auf diesen Beweis auch gespannt. Die Leistungen des Steindruckgewerbes sind durch die modernen Produktionsmittel auf mindestens das Dreifache der Vorkriegszeit gestiegen. Von einer gleichen Steigerung des Lohnes der Gehilfen wird auch das Steindruckgewerbe nicht zu schreiben wagen. Aber der mindestens dreifache Vorkriegslohn wäre doch ohne jeden weiteren Anspruch auf einen

größeren Anteil am Sozialprodukt nur das Gegebene. Wo ist dieser Lohn und wo der Konjunkturlohn? Aber wir wissen schon: Das Ideal unserer Gewerbe — „Wirtschaft“ ist: Leipziger Qualität, Berliner Quantum und schlesische Vorkriegslohne! Damit hat sich's; endgültig und immer — wenn die Kollegen die Geschlossenheit der Organisation wahren!

Die Kollegenschaft weiß schon: Noch immer sieht das Unternehmertum die Linie des geringsten Widerstandes in der Arbeiterschaft. Zum guten Teil hat es auch allen Anlaß dazu. Man braucht sich ja auch nur das gewerkschaftliche Organisationsverhältnis mancher Arbeitergruppe anzusehen, um sofort darüber im klaren zu sein, warum man den Nebel des Preisabbaues zum Lohnabbau gebrauchen kann. Bei gut organisierten Arbeitergruppen geht das so ohne weiteres nicht. Siehe als Beispiel das Buchdruckgewerbe. Und weil die Kollegenschaft der „liederlichen Art“, die Betriebe wirtschaftlich zu führen, ebenfalls Widerstand entgegensetzt, deshalb das Geschreibe des „Steindruckgewerbes“, das noch Anlaß genug sein wird, gehörig ausgenutzt zu werden.

Schon die Tatsache, wie heute die Unternehmer zu den wirtschaftlichen Vorgängen Stellung nehmen, zeigt, wie wenig sie sich auf die Theorie ihres Wirtschaftssystems stützen. Der Zyklus kapitalistischer Wirtschaft geht doch so: Aufstieg — jähes Ansteigen der Gewinne, langsames Steigen der Löhne; Niedergang — Stürzen der Preise, langsames Sinken der Löhne. In dieser gegensätzlichen Entwicklung von Gewinn und Lohn lagen zugleich die Kräfte zur Überwindung der Krise, weil die viel stärker sinkenden Preise die Voraussetzung zur Leerung der Lager boten. Jetzt soll es nach neuer Unternehmerlogik anders hergehen und die Soldschreiber mühen sich im Schweiße ihres Angesichts, solchem Auftrage gerecht zu werden.

Aber der andere Aufsatz bringt's noch dicker; ihm soll deshalb eine besondere Epistel gelten. Zum Schluß wollen wir nur noch auf eine kleine Lieblingsidee der Unternehmer hinweisen, die wieder im „Steindruckgewerbe“ berührt wird: Leistung und Leistungsfähigkeit. Wie wir bereits zitierten, sage sich der Unbefangene, „im Wesen des Leistungslohnes liege es, daß dieser sowohl unter Zugrundelegung der Leistung des Arbeitnehmers als auch der Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers freiwillig vereinbart wird“. Wie nett das formuliert ist! Man richtet richtig die Sorge jedes Unternehmers für „seine“ Leute heraus. Die Arbeiter arbeiten im Akkord und der Unternehmer bestimmt dann, natürlich nach „langer und reiflicher Erwägung“, wie weit die Fähigkeit seiner Leistung geht. So möchten sie es haben. Ob dann die „Wirtschaft“ gesichert wäre? Jedenfalls würde dann der Unbefangene nicht mehr staunen, aber dem Harmlosen gingen vorlauter Unternehmersegen die Augen über. Zusammengefaßt bleibt nur zu sagen übrig: Ackermann, da staunste!

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot

Die noch immer zunehmende Arbeitslosigkeit gestaltet sich nachgerade zu einer Schicksalsfrage für das deutsche Volk, die gebieterisch ihre Lösung, mindestens aber energische Maßnahmen zu einer Linderung der aus ihr entstehenden Not fordert. Nach den Feststellungen der Arbeitsämter wurden am 15. November rund 3,5 Millionen Arbeitslose gezählt wovon 2,2 Millionen Arbeitslosen- bzw. Krisenunterstützung bezogen, die übrigen teils der Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden unterstehen, teils keine Unterstützung erhalten. Berücksichtigt man, daß Ende August 1930 in Deutschland etwa 10,5 Millionen Industriearbeiter vorhanden waren, so haben wir die ungeheuerliche Tatsache vor uns, daß ein volles Drittel der industriellen Arbeiterschaft aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden ist und sich vergeblich um die Erlangung einer Erwerbstätigkeit bemüht. Damit nicht genug, arbeiten aber noch über 2 Millionen Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit. Eine Arbeitslosigkeit in diesem Ausmaße und mit ähnlichen Wirkungen ist noch nicht dagewesen. Sie kennzeichnet die Schwere der vorhandenen Wirtschaftskrise und der mit ihr verbundenen Not, die noch keinerlei Anzeichen einer Abschwächung darbietet.

Auf die Frage nach den Ursachen dieser beispiellosen Wirtschaftslage braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Sie sind von den Gewerkschaften wie auch von anderer Seite genügend festgestellt worden. Weit dringender ist die Frage, was kann geschehen, um der vorhandenen Wirtschaftsnot entgegenzutreten? Hierbei darf man sich freilich nicht zu großen Hoffnungen hingeben. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und die aus ihr entspringende Wirtschaftsnot wurzeln in dem kapitalistischen System, das nicht von heute auf morgen zu beseitigen ist. Darüber vermögen alle Phrasen der Kommunisten und Nazis nicht hinweg zu helfen. Die Vielseitigkeit der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Verzweigungen spottet der Schablone, mit der diese nichtwissenden Weltverbesserer eine Änderung des Wirtschaftslebens herbeiführen wollen. Dementsprechend kann die Arbeitslosigkeit nicht mit einem Schlage aus der Welt geschafft werden, sondern dürfen wir nur darauf hoffen, sie zunächst auf ein erträglicheres Maß einzuschränken. — Hierzu muß der Versuch unternommen werden und es ist höchste Zeit dazu, damit einen Anfang zu machen! Es geht nicht länger an, tatenlos zuzusehen, wie sich die Dinge weiter entwickeln und sich damit zufrieden zu geben, daß jede wirtschaftliche Krise den Keim zu einem neuen Aufschwung der Wirtschaft in sich trägt. Dazu ist die deutsche Wirtschaftsnot, vor allem aber die Not der arbeitenden Bevölkerung zu groß! Was kann aber geschehen um sie zu mindern? An Vorschlägen hierzu fehlt es nicht, die einen Erfolg in Aussicht stellen, daneben aber auch solche, die von vornherein abgelehnt werden müssen. Hierzu gehören die Vorschläge der Unternehmer auf einen allgemeinen Lohn- und Gehaltsabbau. Nach ihrer Auffassung würde dadurch eine wesentliche Senkung der Produktionskosten herbeigeführt werden, die es gestattet, nicht nur eine Preissenkung zu ermöglichen, sondern auch den Wettbewerb auf dem Weltmarkt erfolgreicher zu gestalten und so den Absatz im Inlande wie im Auslande zu steigern.

Daß in dieser Richtung ein Erfolg nicht zu erzielen ist, wird durch die seitherigen Erfahrungen hinlänglich bewiesen. Schon die durchgeführte Rationalisierung der Industrie hat die Produktionskosten ganz erheblich herabgesetzt, ohne die darauf nach der Preisseite, noch nach der Lohnseite gerichteten Erwartungen zu erfüllen. Wohl haben die Preise für Exportwaren eine beträchtliche Verminderung erfahren, die Inlandpreise dagegen sind fast durchgängig auf der alten Höhe verblieben. Der Export hat sich gesteigert, die Arbeitslosigkeit aber zeigt keine Verminderung, sondern das Gegenteil! Das erklärt sich daraus, daß der deutsche Export nur etwa 10 Proz. der inländischen Produktion erfaßt und selbst in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs nicht wesentlich darüber hinaus erhöht werden kann. An eine dahingehende Änderung ist auch in der Folge nicht zu denken, haben sich doch fast alle für den Export in Frage kommenden Länder mit Zollmauern umgeben, die zum Teil übersteigelt sind. Selbst die weitgehendste Herabdrückung der Löhne würde hieran nichts zu ändern vermögen, sondern nur noch eine weitere Erhöhung der Zollschränken bewirken. Selbst aber wenn ihre Überwindung gelingen könnte, würde die Senkung der Löhne und Gehälter eine so weitgehende Verminderung der Kaufkraft auf dem Innenmarkt zur Folge haben, daß dadurch alle durch die Exportsteigerung errungenen Vorteile verloren gingen. Das Ergebnis wäre das gleiche, wie wir es während der Inflation beobachten konnten. Wir hätten es mit einem Schleuderausverkauf zu tun, den das deutsche Volk mit noch weiterer Verarmung bezahlen müßte.

Bessere Aussichten versprechen die Bemühungen auf eine Senkung der Preise. Die Voraussetzungen dazu sind vorhanden, ohne daß es dazu

einer Herabsetzung der Löhne bedarf. Nach den stattgefundenen Feststellungen sind sowohl die Erzeugerpreise wie das Spannungsverhältnis zwischen Erzeugerkosten und Verkaufspreisen bei fast allen für den Lebensbedarf der breiten Volksmassen in Betracht kommenden Waren viel zu hoch und in keiner Weise gerechtfertigt. Hier ließe sich eine Verbilligung und so eine erhebliche Steigerung der Kaufkraft, die sich sofort in eine Erhöhung der Produktionskapazität sowie zunehmender Arbeitsgelegenheit umsetzen würde, erreichen. Nur ist von einer Initiative der Erzeuger und Verkäufer nichts zu erwarten. Darüber darf das Geschrei über bereits eingetretene Preisherabsetzungen für Fleisch, Brot, Milch usw. nicht hinwegtäuschen. Was in dieser Hinsicht zugestanden wurde, ist vielfach lediglich auf Irreführung der Öffentlichkeit berechnet oder wirtschaftlich bedeutungslos. Hier kann nur ein starker Einfluß auf die Erzeuger- und Händlerkreise, desgleichen auf die von ihnen verfolgte Kartellpolitik wirksame Abhilfe schaffen, um den Streit in ihren Reihen, wer mit dem Preisabbau voranzugehen habe, ein Ende zu bereiten. Nicht wenig können hierzu aber auch die Verbraucher selbst beitragen, wenn sie sich auf ihre Selbsthilfeeinrichtungen besinnen und ihren Bedarf in den Konsumvereinen decken, die in diesem Falle imstande sind, den Abbau der zu hohen Handelsspannen wirksam zu unterstützen.

Gleich bedeutsam für eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse sind die Vorschläge der Gewerkschaften auf Herabsetzung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften sind weit davon entfernt, anzunehmen, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden die Arbeitslosigkeit restlos beseitigen würde. Es ist müßig, einen solchen Erfolg rechnerisch festzulegen. So einfach liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht. Daß es aber durch eine Verkürzung der Arbeitszeit gelingen kann, einen sehr erheblichen Teil der heute Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen, steht außer Frage. Ein ähnliches Experiment wurde übrigens schon einmal während der Demobilisationszeit gemacht und nicht ohne Erfolg. Das waren freilich außerordentliche Zeiten; diese haben wir aber auch heute! In dieser Hinsicht ist es bezeichnend, daß sich trotz des Widerstands der Unternehmer, die für den Abbau der Löhne und Gehälter bzw. deren Belastung auf seitheriger Höhe bei Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden eintreten, sich andere Stellen durchaus mit der Forderung der Gewerkschaften einverstanden erklären. So hat z. B. der Vorstand des württembergischen Städtetages eine Entschließung veröffentlicht, in der er die Herabsetzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden, die Beseitigung der Überstunden, die Vornahme von Notstandsarbeiten und die Senkung der Kleinhandelspreise fordert. Auch den Gemeinden brennt die Not auf den Nägeln und finden sie keinen anderen Ausweg, um aus ihr herauszukommen.

Des weiteren ist zu fordern, daß in möglichst weitem Umfange öffentliche Arbeiten in Angriff genommen, desgleichen öffentliche Aufträge vergeben werden. Auch hierin sind bereits Vorgänge zu verzeichnen. Die Reichsbahn hat sich bereit erklärt, Aufträge im Gesamtwert von 350 Millionen zu vergeben mit deren Hilfe für 180 000 Arbeiter Arbeitsgelegenheit beschafft werden kann. Ferner rechnet die Reichspost mit zusätzlichen Aufträgen in Höhe von 200 Millionen Mark. Das Wohnungsprogramm der Reichsregierung sieht neben den Wohnungsbauten die mit Hilfe der Hauszinssteuer errichtet werden, die Herstellung von 30 000 bis 35 000 Wohnungen aus Mitteln von Hypothekenbanken, Sparkassen und Landesversicherungsanstalten vor. Außerdem ist vom Reiche die Beschaffung von 80 Millionen für werbeschaffende Notstandsarbeiten auf dem Wege einer Auslandsanleihe in Aussicht genommen, zu denen seitens der Länder der gleiche Betrag treten soll. Ebenso besteht die Absicht, auf dem Gebiete des Straßenbaus vermehrte Arbeitsgelegenheit zu schaffen, womit einem dringenden Bedürfnis entsprochen würde.

An Vorschlägen und Gelegenheiten, der bestehenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken fehlt es also nicht. Wohl aber fehlt es an der notwendigen Inangriffnahme der vorhandenen Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten. Diese als bald eintreten zu lassen und nicht lange hinauszuzögern, ist eine der dringendsten Forderungen, die von der arbeitenden Bevölkerung erhoben werden muß. Und zwar mit allem Nachdruck! Man macht wohl viel Geschrei um den Preisabbau, aber von einer fühlbaren Senkung der Preise spürt kein Mensch etwas. Preisabbaunebel! Weiter nichts. Dagegen geht es forscht gegen die Löhne, und der Minister der Arbeit gegen die Arbeiter ist feste mit von der Partie. Wir brauchen aber keinen Lohnabbau, sondern Arbeit für die Arbeitslosen. Durch Senkung der Löhne schafft man keine Arbeitsmöglichkeiten, sondern drosselt nur den Warenabsatz, den Warenverbrauch. Daß die „Wirtschaft“ das nicht begreifen kann? Oder will sie es aus Machtwillen nicht begreifen? Wie dem auch sei: die arbeitende Bevölkerung hat die Pflicht, mit ganzer Kraft darauf zu drängen, daß die Arbeitsgelegenheiten, die möglich sind, nun endlich auch möglich gemacht werden.

Mattulat.

Der Würgeengel Arbeitslosigkeit

Das Jahr 1930 wird als eine Zeit außerordentlich hoher Arbeitslosigkeit in der Geschichte fortbleiben. Wir traten mit rund 3 Millionen an den Arbeitsnachweisen verfügbaren Arbeitssuchenden in das neue Jahr ein. Im Frühjahr fand nur eine geringe Entlastung statt. Bereits im Juli begann die Zahl der Arbeitslosen wieder zu steigen, um im Oktober die Januarhöhe zu erreichen. Von da ab stieg die Arbeitslosigkeit von Woche zu Woche. Im Jahresdurchschnitt 1930 dürfte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge auf rund 2,2 Millionen belaufen. Damit ist die Gesamtbelastung des Arbeitsmarktes nicht erschöpft, weil eine große Masse von Arbeitslosen überhaupt keine Unterstützung bezieht und ein Teil den Gemeinden als Wohlfahrtsunterstützte zur Last fällt. Die Gesamtarbeitslosigkeit ist im Jahresdurchschnitt auf etwa 3,1 Millionen zu veranschlagen gegen 1,9 Millionen im Vorjahr und 1,4 Millionen 1928. Im Dezember waren mehr als 31,5 v. H. der für den Arbeitsmarkt in Betracht kommenden Erwerbstätigen ohne Beschäftigung. Nimmt man die Kurzarbeiter hinzu, so ergibt sich, daß fast nur noch die Hälfte als Vollbeschäftigte am Jahresende angesehen werden konnten. Die nachstehende Tabelle läßt die Belastung des Arbeitsmarktes im Verlauf des Jahres klar hervortreten:

	Verfügbare Arbeitssuchende	Hauptunterstützungsempfänger		Gewerkschaftsmitglieder	
		Arbeitslosen- versich.	Krisen- unterm.	Arbeits- losen v. H.	Kurzarb. v. H.
Jan.	3 217 600	2 232 600	250 000	22,0	12,0
April	2 786 900	1 765 100	318 000	20,5	11,0
Juli	2 765 300	1 497 500	403 400	20,5	13,9
Aug.	2 882 500	1 507 000	440 800	21,7	14,8
Sept.	3 004 300	1 492 800	472 600	22,5	15,1
Okt.	3 255 000	1 562 000	510 500	23,6	15,4
Nov.	3 683 000	1 787 900	566 100	26,0	16,1
Dez.	3 977 000	1 946 000	603 000	—	—

Im Januar und Februar 1931 ist mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Dadurch wird die Katastrophe noch weiter verschärft. Aus alledem ergibt sich, daß alle Mittel angespannt werden müssen, um den Arbeitslosen zu helfen.

Die Arbeitslosenversicherung ein unentbehrliches Gut der Kultur

Über die Arbeitslosenversicherung wird sehr viel geschrieben. Sie wird hierzulande schlechthin für alles verantwortlich gemacht. Wie man in anderen Ländern darüber denkt und welche Bedeutung die Arbeitslosenversicherung für die Wirtschaft hat, beweist eine Ausschlussung des Sozialministers von Dänemark. Dieser hat dem Korrespondenten der „Fr. Ztg.“ auf eine entsprechende Frage folgende für sich selbst sprechende Antwort erteilt: „In aller Kürze will ich bemerken, daß ich die Arbeitslosenversicherung für ein ungeheures Gut ansehe, ja beinahe als unentbehrliches Gut für den einzelnen Arbeiter in einem Kulturland betrachte, wo der Arbeitslohn über dem Existenzminimum liegt. Schon darin hat sie ihre hinreichende Berechtigung. Man darf jedoch nicht glauben, daß die Arbeitslosenunterstützung nur auf diese Weise durch den Hinweis auf den einzelnen Arbeiter motiviert werden kann; sie läßt sich ebenso durch ihre nützlichen Wirkungen auf die Wirtschaft des Landes überhaupt begründen. Es ist nämlich für diese von der größten Bedeutung, daß die Produktion, wenn sie nach den Depressionsperioden und den Arbeitslosigkeitperioden wieder erwacht, dann einen Stab von Arbeitern vorfindet, der imstande ist, mit möglichst großer Leistungsfähigkeit von neuem in den Produktionsprozeß einzutreten. Und diese Möglichkeit, in den schlechten Zeiten einen Stab von Arbeitern in dem Fache halten zu können, deren Leistungsfähigkeit durch Not und Elend nicht wesentlich geschwächt ist, wird nur durch eine Entschädigung in irgend einer Form für die Arbeitslosen geschaffen. Ohne Hilfe würde die Depression die Arbeiter in die niederen Fächer hinüberzwingen und den Lohn dort drücken, oder die Arbeiter würden versumpfen und proletarisieren werden. Jede Krise würde dann einen Verlust der Gesellschaft bedeuten, was die Effektivität der Arbeiter und das in ihrer Ausbildung angelegte Kapital betrifft. Wir würden das Menschenmaterial zerstören, daß die notwendige Voraussetzung der Produktion ist und ihr Ziel sein müßte.“

Der europäische Stromaustausch

Die im Januar stattfindende europäische Konferenz des Völkerbundes wird sich mit einem bedeutsamen Antrag der belgischen Regierung zu beschaffigen haben, der einen planmäßigen Ausbau der europäischen Elektrizitätswirtschaft zum Ziel hat. Ein internationales Statut soll die gesetzlichen Hindernisse von Land zu Land aus dem Wege räumen. Der Antrag geht von der Tatsache aus, daß die benachbarten Industrieländer bereits durch Hochspannungsleitungen verbunden sind und diese Verbundenheit weiter zunehmen wird.

VERBAND UND BERUF

Bekanntmachung

Auf Antrag der Mitgliedschaft Hildesheim wurden die Formstecher *Heinrich Hartmann*, Buch-Nr. 25 129, und *Hermann Tolle*, Buch-Nr. 33 176, wegen Nichtbeteiligung am Tarifkampf der Formstecher gemäß § 6 Absatz 2 der Satzungen vom Vorstandsvorstand ausgeschlossen.

Es wurden folgende Mitglieder gemäß § 6 Absatz 2 der Satzungen vom Vorstandsvorstand ausgeschlossen: Auf Antrag der Mitgliedschaft Berlin der Steindruckerei *Bernhard Ditzell*, Buch-Nr. 52 573, auf Antrag der Mitgliedschaft Braunschweig der Steindruckerei *Ernst Denecke*, Buch-Nr. 64 940, auf Antrag der Mitgliedschaft Nordhausen der Steindruckerei *Richard Hennig*, Buch-Nr. 48 357.

Der Vorstandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“

Das Inhaltsverzeichnis der „Graph. Presse“, Jahrgang 43/1930, soll auch in diesem Jahre wie schon bisher nur den Kollegen kostenlos vom Verband übermittelt werden, die ein besonderes Interesse dafür bekunden. Es ist deshalb nötig, daß die interessierten Kollegen eine entsprechende Meldung machen. Postkarte genügt! *Meldungsadresse: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8.* Wer bis zum 24. Januar 1931 seinen Anspruch auf ein solches Inhaltsverzeichnis bei Conrad Müller nicht geltend gemacht hat, kann keine Berücksichtigung finden, da nicht mehr gedruckt werden, als bestellt worden sind. Späte sich darum jeder Interessierte. Am 24. Januar ist Schluß der Bestellungen!

Die Breslauer zu den Beiratsbeschlüssen

Die Mitgliedschaft Breslau veranstaltete am 17. Dezember ihre Monatsversammlung, für welche das Ergebnis der Beiratskonferenz zur Besprechung auf der Tagesordnung stand. Gauleiter Klotz erstattete nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten den Bericht. Die anschließende Aussprache gestaltete sich ausgiebig und ergab, wie vorauszusehen war, keine freudige Bejahung und Zustimmung der getroffenen Maßnahmen, deren Notwendigkeit nicht abgestritten wurde. Nicht ausschließlich, aber in erster Linie wurde die Verstimmung hervorgerufen durch die weitere Erhöhung des Beitrages, was bei den schlesischen Löhnen und in Anbetracht der finanziellen Belastung mit sonstigen Abgaben verständlich sein muß. Bedrückend wirkte dabei das Gefühl mit, daß die Erhöhung nicht ausreichen und erneut etwas Dertartiges kommen müsse. Diesem allgemeinen Empfinden wurde auch Ausdruck gegeben und durch rechnerischen Vergleich ermittelt, daß die Erhöhung dem augenblicklichen Bedarf schon nicht mehr gerecht wird. Grundlegend für die weitere Kritik war der Zustand der allgemeinen trostlosen Lage, welche mit sorgenvoller Ungewißheit auf den Gemütern liegt und die Stellung der Arbeiterbewegung zumindest für die nächste Zukunft aussichtslos und verbaud erscheinen läßt. Betrachtungen über die scheinbar nicht richtig gehandhabte Vergangenheit in der großen Politik im allgemeinen und in der Verbandspolitik im besonderen, 1924 wurde wieder angeführt, fanden ihren Niederschlag. Es wurde das Bedauern geäußert, daß die Arbeiterschaft in den Zeiten der guten Position keinen Brünning hatte, der mit gleicher Konsequenz und Härte den Staat in die Bahn sozialistischer Verwirklichung geleitet hätte, wie es jetzt jener in bezug auf seine Ziele tut.

Zur gerechten Verteilung der höher werdenden Beitragslasten wurde vorgeschlagen, den Beitrag prozentual zu gestalten, da z. B. bei den wesentlich höheren Löhnen in anderen Gauen, welche an die 100 Mark-Grenze heranreichen, die beschlossene Erhöhung keine besondere Belastung darstellt, wie das bei den vorliegenden schlesischen Verhältnissen der Fall ist.

Kollege Klotz als Gauleiter antwortete im Schlußwort auf die verschiedenen Einwände und versuchte, die über den Rahmen des Sachlichen hinausgehenden Äußerungen in die Grenzen des Erträglichen zurückzuführen. In gleicher Weise hatte sich schon vorher Kollege Hoffmann als Vorsitzender bemüht. — Nach Bekanntgabe des befriedigenden Ergebnisses einer eben abgeschlossenen 15prozentigen lokalen Extraabgabe zugunsten der Erwerbslosen für Weihnachten, wobei sich die Behörden drucker unaufgefordert mit dem Anerkennungswerten Betrage von 100 Mk. beteiligt hatten, war die stark besuchte Versammlung beendet.

Treu und Glauben

Das Deutsche Offset- und Steindruckergewerbe schrieb zum Abschluß der Tarifverhandlungen in seiner Nummer 14 vom 15. Juli 1929 offiziell:

„Die Zukunft wird zeigen, daß die auf Gehilfenseite gehegte Befürchtung, die Herausnahme der tariflichen Arbeitsnachweise werde zu einem Lohndruck benutzt werden, gänzlich abwegig ist. Wir wissen, daß in unserem Tarifvertrag der Leistungslohn festgelegt ist und daß es Sache des Arbeitgebers und des Gehilfen ist, sich über den Lohn zu verständigen. Auch unter der Herrschaft des behördlichen Arbeitsnachweises kann sich der Grundsatz der Entlohnung nach der Leistung frei entfalten. Wir wollen, daß weder von der einen noch von der anderen Seite irgendein unzulässiger Druck ausgeübt wird und alle gegenteiligen Behauptungen und Befürchtungen sind gänzlich unberechtigt.“

Dieselbe Zusage wurde von den Vertretern der Unternehmer bei den Tarifverhandlungen wiederholt gegeben. Die Wirklichkeit ist aber, daß eine

selbst könne sie erlösen. Lebhafter Beifall der Kollegen bezeugte, daß Kollege Hoffmann ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Für das leibliche Wohl sorgte Essen und Trinken, das aus der Küche des Zoo prima geliefert wurde. In der Dienst der Unterhaltung stellten sich die bekannten Kapellen Dajós Bela, Otto Kermbach, die Balalaika-Kapelle Wolga sowie das Berliner Volksliederquartett und der Rundfunksänger Monnoson. Alle Mitwirkenden ernteten berechtigten Beifall. Ihnen besonderen Dank nochmals für die freundliche Mitwirkung. Auch nochmals Dank an den Wirt des Zoo für kostenlose Überlassung des Saales. An besonderer Unterstützung erhielten die ledigen Kollegen 10 Mark und die verheirateten 20 Mark.

Der „Vorwärts“ berichtete über diese Feier wie folgt:

Arbeitslose im Marmorsaal.

Das ist die proletarische Nächstenliebe!

Von der vorbildlichen Solidarität der Berliner Lithographen und Steindrucker zeugte wieder ihre Weihnachtsfeier für die arbeitslosen Verbandsmitglieder, die am Dienstag im Marmorsaal des Zoo stattfand. Wo sich gewöhnlich mit irdischen Gütern reichlich gesegnete Menschen zusammenfinden, versammelten sich die von der Produktion ausgeschalteten, in Kümmeris lebenden Gewerkschaftsmitglieder, zu einer echt proletarischen Weihnachtsfeier. Tausend arbeitslose Lithographen und Steindrucker, dazu 600 Frauen und 200 Kinder, unter Fahnenrot und Tannengrün, vereint zu einer klassenbewußten Schicksalsgemeinschaft, vergaßen hier für einige Stunden die Sorgen des grauen Alltags. Zu einem guten Teil hatten die noch in Arbeit stehenden Berufsangehörigen dazu beigetragen, diese Feier und die damit verbundene finanzielle Hilfsaktion für die arbeitslosen Verbandsmitglieder zu ermöglichen. Eine einzige freiwillige Sammlung unter den rund 2800 noch beschäftigten Verbandsmitgliedern brachte mehr als zehntausend Mark. So war es der Ortsverwaltung mit Hilfe eines Zuschusses aus der Lokalkasse möglich, jedem verheirateten Arbeitslosen eine Extraunterstützung von 20 Mark und jedem Ledigen von 10 Mark, insgesamt 15 000 Mark, auszusahlen. Außerdem wurden die Erwerbslosen und ihre Familienangehörigen mit einem guten und reichhaltigen Mittagessen bewirtet und mit Rauchwaren und Süßigkeiten für die Feiertage proviantiert.

Sehr hoch einzuschätzen ist, daß sich die bekannten Kapellen Dajós Bela, Otto Kermbach, die Balalaika-Kapelle Wolga, Berliner Volksliederquartett und der Rundfunksänger Monnoson unentgeltlich für die gute Sache zur Verfügung gestellt hatten. Der aufrichtig gependete Beifall und die aufgehellten Gesichter der Erwerbslosen werden den Künstlern Dank genug gewesen sein für ihre vorzüglichen Darbietungen. Die Arbeitslosen waren ausnahmslos des Lobes voll für die Solidarität ihrer Kollegen und das Arrangement dieser von jeder bürgerlichen Sentimentalität freien Weihnachtsfeier.“

Die ganze Veranstaltung war wirklich ein Loblied der Solidarität! Mehr zu sagen wäre nur Verkleinerung. Auch für die Kollegen, die erneut freiwillig Opfer brachten.

Rgr.

Weihnachtsfeier in Lahr

Am 20. Dezember versammelten sich die Kollegen beim Kollegen Thessen, Restaurant Stadt Straßburg, um mit den arbeitslosen Kollegen eine schlichte Weihnachtsfeier zu begehen. Einleitend berichtete unser Vorsitzender, Kollege Welter, daß wir heute 20 arbeitslose Kollegen haben. Diese Zahl wird sich demnächst noch erhöhen. Dazu noch starke Kurzarbeit, so daß wir die neuen Verbandsmaßnahmen begreifen können. Ist doch unser Vorstandsvorstand bemüht, das Los unserer arbeitslosen Kollegen nach Möglichkeit zu lindern. Zu diesem Zweck hat auch die hiesige Verwaltung aus der Lokalkasse nahezu 300 Mark für die arbeitslosen Kollegen zur Verfügung gestellt. Kollege Welter erwähnte die Kollegen, gerade jetzt, in der wirtschaftlichen Not, treu zum Verband zu stehen und dem Locken neugegründeter Verbände nicht zu folgen. Im Namen der arbeitslosen Kollegen dankte Kollege VaBoli den Gesamtverband sowie den hiesigen Kollegen für ihre seitherige Hilfe. Er, der schon seit vielen Jahren dem Verband angehört, will Treue dem Verband bewahren; auch allen anderen Kollegen und hofft, damit zugleich den Willen aller anderen Kollegen ausgesprochen zu haben. Nachdem noch manche Erinnerung aus alter Zeit ausgetauscht war, ging die Feier in harmonischer Stimmung zu Ende.

J. D.

Steindruck

*Vom Stein die klare Flamme
hinein in den Drud.*

*Brenne, du schöpferisch Flamme,
belebe den steinernen Drud.*

*Vom Herzen auch tut euer Feuer
in den Drud hinein.*

*Mensch und wirbelndes Feuer
sollen eines sein.*

*Klar steht die Schrift der Sterne
über der kalten Nacht.*

*Die ewige Schrift der Sterne
hell in den Stein gebracht.*

*Und sind wir auch nur Proleten,
den Reichen und Geizigen ein Hofn.*

*Uns grüßen dennoch die Winde,
Wir sind der blühende Rafn.*

*Blühender Rafn im Winter,
sonnig flammendes Fez.*

*Wir gestalten und druden das Leben
mit Stein und mit Etz.*

Max Dortu.

Anzahl der Unternehmer die größten Anstrengungen machen, durch Denunziationen bei den Arbeitsämtern, durch irreführende Eintragungen auf den Zuweisungskarten und Arbeitsbescheinigungen unserer Kollegen die Unterstützung sperren zu lassen.

Wenn wir auch die Organisation der Unternehmer für diese Einzelfälle nicht verantwortlich machen wollen, so muß doch gesagt werden, daß sie bisher nichts unternommen hat, um diesem unverschämten Treiben ein Ende zu machen.

Wir werden noch Gelegenheit haben, die Unternehmer an ihre obige Aussussung zu erinnern.

X.

Ein Loblied der Solidarität

Die Kollegenschaft hat schon manche Probe köstlicher Solidarität abgelegt und die Berliner Kollegenschaft hat nie dabei im Hintertreffen gestanden. Gerade zur Weihnachtszeit fühlt sich die Kollegenschaft mit den arbeitslosen Kollegen besonders verbunden. Und so gabs auch in Berlin wieder die Weihnachtsfeier für die arbeitslosen Kollegen, die zwar mancher angeblich Unentwegte bekrittelt, die aber keiner missen möchte.

Dieses Jahr hatte die Mitgliedschaftsverwaltung Berlin den großen und schönen Saal des Zoologischen Gartens für ihre Weihnachtsfeier gewonnen. Ganz in Rot getaucht, mit Tannengrün geschmückt, ermahnte ein breites Band an der Stirnseite des Saales erneut: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Kollege Hoffmann unterstrich in seiner Ansprache diesen Mahnruf noch einmal und wies darauf hin, daß trotz aller Notzeit die Hoffnung auf Erlösung bestehe, wenn die Arbeiterschaft unverbrüchlich zu ihren Organisationen halte und Solidarität; Opferfreudigkeit und Disziplin übe. Kein anderer als die Arbeiterschaft

Rundschau

Die Gewerkschaftspresse und ihre Gegner

Die Gewerkschaftspresse gewinnt immer mehr, und zwar auch bei ihren Gegnern, Beachtung. Mehr oder weniger hat man früher diese nicht geringe Pressemacht ignoriert. Man erachtete nur die Tageszeitungen als Ausdrucksmittel der öffentlichen Meinung und beachtete kaum, daß daneben Blätter erscheinen, deren Auflagenziffer über diejenigen der allermeisten Tageszeitungen wesentlich hinausgehen. Wenn nun ein Umschwung eingetreten ist, so wollen wir dies gern anerkennen. Doch von der Art der Beurteilung liefert die Nummer 216 des „Industrieschutz“, Organ der bekannten Streikversicherungsgesellschaft des Deutschen Industrieschutzverbandes, einen treffenden Beweis. In dem betreffenden Artikel „Die Gewerkschaftspresse“ wird die Gründung des Fachausschusses für die Gewerkschaftspresse registriert und seine Aufgaben gekennzeichnet.

Daran anschließend heißt es in dem Artikel: „Diese neugegründete Institution ist also dazu berufen, eine Art Konzern zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu werden, und sie wird ihrer Aufgabe um so eher gewachsen sein, je weniger sich die Kreise um ihre Tätigkeit kümmern, die eigentlich das größte Interesse daran haben müßten, den Ausbau der Gewerkschaftspresse mit aller nur denkbaren Aufmerksamkeit zu beobachten: die nichtmarxistisch eingestellten Parteien und Organisationen. Die Gewerkschaftspresse verfügt nämlich schon heute über eine derartige Anzahl von Blättern und Lesern, daß sich alle sonstigen Parteien- und Interessengruppen nicht entfernt damit messen können.“

Der Fachausschuß soll also im Begriff sein, ein Konzern zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu werden. Daran wird er nicht gedacht haben, aber sein Bestreben war und ist es, der Gewerkschaftspresse zu der Bedeutung zu verhelfen, die sie verdient. Nachdem die Auflagenziffer der gesamten Gewerkschaftspresse und der größeren Gewerkschaftszeitungen ziffernmäßig belegt ist, wird über den Inhalt der Gewerkschaftszeitungen gesagt, daß er sich über so ziemlich alle Gebiete des öffentlichen Lebens, insbesondere die Politik, wirtschafts-, sozial- und kommunalpolitische Fragen, Pädagogik, Kunst und Literatur erstreckt. Wenn die Gewerkschaftspresse über alle diese Gebiete berichtet und die Gewerkschaftsmitglieder

entsprechend schult, so hat sie u. E. ihre Aufgabe durchaus erfüllt. Aus der Haushaltsrechnung der Gewerkschaften wird mitgeteilt, daß die Ausgaben der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften für Verbandszeitschriften, die „Gewerkschaftszeitung“ usw. 9582418 Mark betragen.

Der Artikel schließt, daß die Beeinflussung der öffentlichen Meinung überdies noch die Pressekorrespondenzen der Verbände vornehmen und daß neben der Gewerkschaftspresse des ADGB, noch die Angestellten- und Beamtenorganisationen mit ihren Zeitschriften bestehen. Nähere Man dazu noch die etwa 200 Zeitschriften der SPD, „so wird man sich erst das richtige Bild von der Größe der hier für eine Idee, nämlich für die Idee der Zerstörung unseres jetzigen Wirtschaftssystems, arbeitenden Macht bilden können“. Mögen die Gegner der Arbeiterbewegung auch zetermordio schreien, die Hauptsache ist, daß die Gewerkschaftspresse ihrer hohen Mission gemäß sich weiterentwickelt und von den Mitgliedern und der Öffentlichkeit Beachtung findet.

Vom Büchertisch

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Heft 12. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S 14, Abonnementpreis viertelj. 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat jetzt den Entwurf eines Kartell- und Monopolgesetzes im Reichstag eingebracht, den Dr. Franz Neumann in ein eingehendes Aufsatz begründet.

Die Zahl der langfristig Erwerbslosen, die bereits die Arbeitslosenversicherung und anschließend die Krisenfürsorge erhalten haben und in steigendem Maße die gemeindliche Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen müßten, wurde Anfang Dezember auf 70000 geschätzt. Die zunehmende Zahl der Ausgesteuerten hat zur Folge, daß die Ziffer der Wohlfahrtsverwerbslosen in den nächsten Wochen noch steigen wird. Unter diesen Umständen gewinnt der Vorschlag der freien Gewerkschaften, einen grundsätzlichen Umbau derjenigen Arbeitslosen vorzunehmen, die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert wurden, erhöhte Bedeutung. Dr. Bruno Broecker begründet diesen Vorschlag, der gleichfalls als Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Reichstag vorliegt, in einem umfassenden Aufsatz „Neugestaltung der Arbeitslosenfürsorge“.

Die deutsche Arbeiterbewegung steht im letzten Jahr in schwerem Kampf gegen die Front der Gegner des neuen Staates, an dessen Aufbau ihre politischen und wirtschaftlichen Organisationen in erster Linie beteiligt waren. In dieser Zeit der politischen Hochspannung ist es wichtig, die eigene Kraft zu prüfen. Der Direktor der Bundeschule des ADGB, Hermann Seibach, macht diesen Versuch in dem Aufsatz „Die geistigen Kräfte der modernen Gewerkschaftsbewegung“.

Annemarie Herberg setzt die besonderen und vielfältigen Probleme auseinander, die sich in unserer Zeit durch die Frauen erwerbslosheit ergeben und weist vor allem auf die Aufgaben hin, die die Gewerkschaften im Kampf um eine sozial bessere Einord-

nung der weiblichen Arbeitnehmer in das gesellschaftliche Leben unserer Zeit zu erfüllen haben.

In der Zeitschrift „Rhein und Ruhr“ hatte Dr. W. Jost sich in einem Aufsatz „Grundlagen der betrieblichen Sozialpolitik“ scharf gegen einen Aufsatz gewandt, den Professor Geiger in der „Arbeit“ über die „Soziologie der Industriearbeit und des Betriebes“ veröffentlicht hatte. Die betriebliche Sozialpolitik ist ein auch in dieser Zeitschrift viel diskutiertes und stark umstrittenes Gebiet. Die Ausführungen von Geiger sind ein wertvoller Beitrag zu diesem Thema.

In der Rundschau der „Arbeit“ gibt Franz Spliid in seiner „Sozialpolitischen Chronik“ eine abschließende Übersicht über die sozialpolitische Entwicklung des letzten Vierteljahres. Cemens Nö p-1 berichtet über das „Arbeitsrecht im Jahre 1930“. Fritz Schöder beschäftigt sich mit der „Kurzarbeit bei den Angestellten“, eine Frage, die er sowohl unter arbeitsrechtlichen als auch unter tarifpolitischen Gesichtspunkten beleuchtet.

Ein Schriftenverzeichnis schließt das Heft ab, dem das Inhaltsverzeichnis über den Jahrgang 1930 beifügt ist.

Die internationale Regelung der Sozialversicherung. Von Gustav Hoch. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6a. Preis 75 Pf., Organisationspreis 50 Pf.

Soeben ist das Heft 2 der neuen Schriftenreihe der Verlagsgesellschaft des ADGB über „Internationale Sozialpolitik“ erschienen. Es behandelt die internationale Regelung der Sozialversicherung. Der Verfasser, Gustav Hoch, gibt in dieser Schrift eine gute Darstellung der bisherigen internationalen Regelung. Darüber hinaus geht er aber auch vom Standpunkt des Ideals einer Arbeitnehmerversicherung mit kritischer Sonde an die bisherige internationale Regelung heran und gibt manchen wertvollen Hinweis für den weit ren Ausbau. Zusammenfassend ist er der Auffassung, daß die Beschlüsse der Genfer Arbeitskonferenz zu einer günstigen Entwicklung der Arbeitnehmerversicherung beigetragen haben, denn allmählich gestalten die einzelnen Staaten ihre Gesetze nach der in Genf gefundenen internationalen Regelung. Immer mehr Länder sind von der freiwilligen Versicherung zu Zwangsversicherung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage übergegangen, das beweist die Überlegenheit der Zwangsversicherung.

In einem besonderen Abschnitt ist in der Schrift eine bisher in deutscher Sprache überhaupt noch nicht veröffentlichte Zusammenstellung der Länder mit Arbeitnehmerversicherung enthalten. Eine besondere Tabelle unterrichtet über den Stand der ratifizierten Übereinkommen bis November 1930, und eine Zeitfahle stellt sehr übersichtlich die bisherige internationale Regelung der Arbeitnehmerversicherung dar.

Inhaltsübersicht

- Hauptteil: Wer staunt? / Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot. / Der Würgengel Arbeitslosigkeit. / Die Arbeitslosenversicherung ein unerträgliches Gut der Kultur. / Der europäische Stromaustausch.
- Verband und Beruf: Bekanntmachung. / Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“. / Die Breslauer zu den Beiratsbeschlüssen. / Treu und Glauben. / Steindruck (Gedicht). / Ein Loblied der Solidarität. / Weihnachtfeier in Lahr.
- Rundschau. / Vom Büchertisch. / Den Toten zum Gedächtnis. / Anzeigen.

Den Toten zum Gedächtnis!

1930.

† Am 12. November in Breslau Johannes Brehmer, Retuscheur aus Stettin, 67 J. alt, an Altersschwäche, Invalide seit 2. Juli 1922. — Eingetr. in Breslau am 10. November 1930.

† Am 22. November in Mainz Philipp Schäfer, Lithograph aus Frankfurt a. M., 72 J. alt, an Mastdarmkrebs, Invalide seit 27. September 1925. — Eingetr. in Mainz am 1. Januar 1893.

† Am 22. November in Lübeck Karl Müter, Lithograph aus Lübeck, 60 J. alt, an Magenkrebs, Invalide seit 10. August 1930. — Eingetr. in Lübeck am 1. Oktober 1893.

† Am 25. November in Aschersleben Friedrich Scheller, Steindrukker aus Aschersleben, 39 J. alt, an Nierenleiden, krank 40 W. und 2 Tage. — Eingetr. in Stettin am 5. Januar 1919.

† Am 25. November in Lahr i. B. Emil Huber, Lithograph aus Lahr in Baden, 73 J. alt, an Herzschlag, krank 3 T. — Eingetr. in Lahr i. B. am 1. Juni 1919.

† Am 27. November in Braunschweig Otto Bolm, Chemigraph aus Hildesheim, 32 J. alt, an Lungenleiden, krank zuletzt 61 W. — Eingetr. in Braunschweig am 7. Mai 1916.

† Am 28. November in Nürnberg Wilhelm Vestner, Lithograph aus Nürnberg, 28 J. alt, an Lungenentzündung, krank 2 W. — Eingetr. in Nürnberg am 1. August 1920 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 2. Februar 1919).

† Am 30. November in Dresden Alfred Erfurth, Reproduktionsphotograph aus Dresden, 22 J. alt, an Muskelrheumatismus und Herzschwäche, krank 2 W. — Eingetr. in Dresden am 19. September 1926 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 18. Juni 1922).

† Am 3. Dezember in Berlin Richard Hanke, Lichtdruckretuscheur aus Liegnitz i. Schl., 53 J. alt, an Magengeschwulst, krank 7 W. — Eingetr. in Leipzig am 18. Januar 1903.

† Am 9. Dezember in Dresden Otto Dittich, Lithograph aus Dresden, 64 J. alt, an Gehirnschlag, Invalide seit 2. Februar 1930. — Eingetr. in Dresden am 1. Januar 1883.

† Am 9. Dezember in Düsseldorf Peter Brach, Tiefdruckkätzer aus Niederpleis, 54 J. alt, an Krebsleiden, krank 29 W. — Eingetr. in Düsseldorf am 18. März 1928 (vorher Mitglied im Niederländischen Litho-, Photo- und Chemigraphenbund seit 15. März 1924).

† Am 15. Dezember in Hanau a. M. Philipp Schneider, Steindrukker aus Wirthem, Kreis Gelnhausen, 53 J. alt, an einer Bruchoperation, krank 5 T. — Eingetr. in Hanau a. M. am 23. Februar 1919.

† Am 15. Dezember in Berlin Karl Reinhöft, Lichtdrucker aus Reithem a. d. Aller, 46 J. alt, an Nierenleiden, krank 14 W. — Eingetr. in Hannover am 21. April 1902.

† Am 16. Dezember in Nürnberg Johann Sieber, Lithograph aus Amberg, 35 J. alt, an Kehlkopfleiden, krank 22 W. — Eingetr. in Nürnberg am 3. August 1913 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 26. September 1909).

† Am 16. Dezember in Leipzig Otto Höhne, Kupferdrucker aus Leipzig-Schönefeld, 71 J. alt, an Leberschwelung und Altersschwäche, krank 28 W. — Eingetr. in Leipzig am 10. August 1919 (vorher Mitglied im Deutschen Transportarbeiter-Verband seit 11. Februar 1919).

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedebuches und der Sterbestiftung sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Vorstandsvorsitzende.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität
ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck
Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 50
 Tel. F. 4 Oberbaum 22 09

Fachliteratur!
Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks von Alois Senefelder.
 Preis inkl. Nachnahme 11,70 RM
Das Berechnungswesen des Steindrucks von Alfred Weck Preis inklusive Porto und Nachn. 1,90 RM
 Zu beziehen durch:
Coarad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Achtung!
Offenburg i. B.
 Vorsitzender und Auskunftsleiter ist jetzt
Alfred Dorer, Hildastraße 3.